



22.10.1992

Abschiebung von Kurden in die Türkei UNGERÜHRTER SEITERS Verstärktes Kirchenasyl

Mit einem verstärkten Kirchenasyl rechnet Herbert Leuninger, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft „Pro Asyl“, wenn es nach der jüngsten Entscheidung von Bundesinnenminister Rudolf Seiters tatsächlich zur Massenausweisung von Kurden in die Türkei kommen sollte.

Für „Pro Asyl“ ist es ein eklatanter Widerspruch, wenn am gleichen Tag, an dem Bundesinnenminister Rudolf Seiters die Verlängerung des Abschiebestopps für kurdische Türken ablehnt, der Botschafter der Türkei ins Bonner Außenministerium einbestellt wird, um sich zu den schweren Menschenrechtsverletzungen seines Staates zu erklären.

Kirchengemeinden, an die sich verzweifelte Kurden als letzte Rettung wenden werden, geraten mit der neuen Rechtslage vor die schwere Entscheidung, wie sie bedrohte Menschen schützen können. „In den kurdischen Siedlungsgebieten der Türkei regiere ähnlich wie in Bosnien-Herzegowina der Terror. Menschen dorthin zurückzuschicken ist weder mit dem Grundgesetz noch mit dem Ausländergesetz vereinbar.“ sagte der „Pro Asyl“- Sprecher.

„Pro Asyl“ fordert von allen Bundesländern, in denen eine Abschiebung von Kurden ansteht, die Verschärfung der Krise in der Türkei zum Anlaß zu nehmen, einen in ihrer Kompetenz liegenden neuen Abschiebestopp für ein halbes Jahr zu erlassen.